

Mia Lindemann: Rede zum 8. Mai 2021 (Demo und Kundgebung: 8. Mai zum Feiertag machen)

Der Achte Mai 1945, Tag der Befreiung.

Ein Tag, der in der DDR bereits Feiertag war. Hier wurde der Befreiung der Bevölkerung in Deutschland von der Nazi Herrschaft gedacht. Hier war die Erinnerung an die Befreiung ein Staatsakt, während im Westen, in der Bundesrepublik, das große Schweigen die Oberhand behielt. Unter diesem selben Mantel des Schweigens waren ab 1945 die Persilscheine massenhaft ausgestellt und die Täter von gestern wieder in Ämter gehoben worden, die Selbstentschuldung hatte ihren Lauf genommen. Niemand hatte etwas gewusst, niemand hatte Hitler gewählt, und wenn schon, dann war man verführt worden. Diese Massenkultur der Lüge behielt 2 Jahrzehnte die Oberhand, bis die öffentliche Ohrfeige für Bundeskanzler Kiesinger durch Beate Klarsfeld einen Lärm verursachte, als ob eine Schallmauer durchbrochen worden wäre.

6 Millionen ermordete Juden, eine unbekannte Zahl weiterer Mordopfer aus politischen Gründen, Ermordete, die als unwertes Leben oder asozial gebrandmarkt worden waren, Sinti und Roma, Jehovas Zeugen, dazu die vielen, vielen Millionen Kriegstoten.

Eine halbe Million Menschen emigrierten, bevor sie ebenfalls umgebracht worden wären: politische Gegner:innen des Naziregimes und die, die aufgrund der rassistischen Ideologie erniedrigt und verfolgt wurden. Weltweit nahmen seit 1933 80 Staaten Schutzsuchende aus Deutschland auf. Als im März 1938 mit der Annexion Österreichs erneut viele fliehen mussten, luden die USA zu einer Konferenz am Sitz des Völkerbundes in Genf ein, um über die Aufnahme der Schutzsuchenden zu beraten. Aus Besorgnis, darüber in Konflikt mit dem nazistischen Deutschland zu geraten, ließ die Schweiz die Konferenz nach Evian les Bains in Frankreich verlegen. 32 Staaten und 24 Hilfsorganisationen nahmen im Juli 1938 daran teil. Das Ergebnis war verheerend. Jeder Regierungsvertreter beteuerte, wie leid es ihm tue, aber noch mehr Flüchtlinge könne man nicht aufnehmen, das stärke den Antisemitismus im eigenen Land – oder: - man sei kein Einwanderungsland, die Arbeitslosigkeit sei zu hoch usw.

Die Argumente kommen uns sehr bekannt vor. Heute heißt es: das würde dem Rechtsextremismus Auftrieb geben.

Damals bekamen Flüchtlinge oder Schutzsuchende einen neuen Namen: Sie waren nicht mehr Menschen, deren Not es zu lindern galt, sondern sie wurden zum **Problem** deklariert.

Uns haben sich die Erzählungen von damals tief eingebrannt: die St. Louis im Sommer 1939 mit über 900 Schutzsuchenden an Bord, die in Kuba und den USA abgewiesen wurden. Das Schiff musste zurück nach Hamburg fahren. Mehr als  $\frac{1}{4}$  der Passagiere der St. Louis wurden später im Holocaust ermordet. Die restriktive Visapolitik der USA, die finanzielle Hürden aufbaute, die abweisende Haltung Großbritanniens nach Kriegsbeginn. Oder das Schiff mit fast 800 aus Rumänien fliehenden Menschen an Bord im Februar 1942, das - obwohl seeuntüchtig – von Istanbul ins Schwarze Meer geschickt wurde, wo alle, alle ertranken. (Hilberg, S. 282)

Wir haben auch positive Beispiele: Schweden lieferte nicht nur Eisenerz an Nazideutschland, mit dem die tödlichen Waffen produziert wurden, es rettete auch in großem Maßstab Juden aus Norwegen und Dänemark.

Die Amsterdamer Arbeiter und Arbeiterinnen traten in den Generalstreik, als die Nazis ein jüdisches Stadtviertel angriffen. Und es gibt viele weitere Geschichten von mutigen Flüchtlingshelfer:innen.

Dennoch hat man zu Recht von einem völligen Versagen der Weltgemeinschaft gegenüber Nazideutschland gesprochen, und man hat Lehren daraus gezogen.

Die Gründung der UNO, die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte 1948 gehören zu diesen Lehren. Und hier ist das Asylrecht verankert: Artikel 14 heißt: Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen. Das Grundgesetz von 1949 enthielt die einfache, aber wichtige Bestimmung: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951, Genfer Flüchtlingskonvention genannt, verbietet die Zurückweisung (refoulement-Verbot) und die Bestrafung wegen illegalen Grenzübertritts (Pönalisierungsverbot). Aber das Gedächtnis der Menschen ist kurz.

Zwar unterschrieb auch die junge Bundesrepublik die Genfer Flüchtlingskonvention und übernahm die Grundsätze in das Asylgesetz, aber das deutsche Asylrecht wurde 1993 entscheidend eingeschränkt, indem es von nun an nicht mehr für diejenigen galt, die aus einem Land einreisten, in dem die Genfer Flüchtlingskonvention gilt oder die als sichere Drittstaaten definiert wurden. Diesem sogenannten Asylkompromiss, der mit Brandanschlägen auf

Flüchtlingsunterkünfte in der ganzen Bundesrepublik einherging, war bereits eine europäische Einigung (Dublin-Übereinkommen) von 1990 vorausgegangen, die dieselbe Idee trug. (Sie trat allerdings erst 1997 in Kraft und wurde 2003 durch Dublin II und 2014 durch Dublin III abgelöst; alle diese Verordnungen folgen dem gleichen Grundgedanken.)

Damit hatte sich Deutschland der Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen weitgehend entzogen. Seine wirtschaftliche und politische Stärke innerhalb der EU nutzte Deutschland – trotz großer Aufnahmebereitschaft 2015 und einer immer noch großen Aufnahmebereitschaft der Zivilbevölkerung – **nicht**, um eine liberale Einwanderungspolitik zu fördern, sondern im Gegenteil: es schuf gemeinsam mit den anderen EU-Staaten die Festung Europa, an deren Außengrenzen Flüchtlingsboote mit Hunderten von Menschen im Meer versinken, ohne dass jemand zur Rettung eilt, an deren Außengrenzen Kinder, Frauen und Männer, Junge und Alte, in menschenunwürdigen Bedingungen in Zeltlagern leben, hoffnungs- und perspektivlos in Quasi-Gefangenschaft gehalten, nur um der übrigen Welt zu demonstrieren: Kommt nicht nach Europa. Wir nehmen Euch nicht auf. Versucht Ihr es trotzdem, wird es Euch schlecht ergehen.

Damit sie unseren Wohlstand nicht stören, werden sie dem Elend und potentiell der Vernichtung preisgegeben. Die europäischen Staaten von heute verhalten sich immer noch so wie dereinst die Teilnehmer der Konferenz von Evian 1938. Damit will ich nicht den Holocaust relativieren. Man konnte 1938 noch nichts von den Vergasungsöfen in den Vernichtungslagern und dem industriellen Massenmord wissen. Aber man konnte die schreckliche Entrechtung, Demütigung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland kennen, die Verfolgung und Ermordung vieler Menschen, auch von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Konzentrationslager waren bekannt.

Heute kann man wissen, was in Libyen und Syrien und was in den Lagern auf Lesbos passiert. Gerade am Mittwoch, den 5. Mai, wurden darüber 2 Filme zur besten Sendezeit im SWR gezeigt. Traumatisierte Kinder, Kinder, die sich umbringen wollen, Frauen, die nicht mehr sicher sind, Behinderte, Verletzte, Kranke, die nicht angemessen versorgt werden – alle in Lagern auf einer Insel in der Europäischen Union. Die Bearbeitung ihrer Asylanträge dauert Jahre. Selbst wenn sie ein Aufenthaltsrecht zugesprochen bekommen, hält man sie oft noch auf der Insel fest.

Die immer noch anstehende europäische Asylreform sieht nichts Besseres vor, sondern eine weitere Aushöhlung des individuellen Asylrechts.

Menschen, die ohne entsprechende Erlaubnis in die EU einreisen, sollen an den Grenzen in Lagern inhaftiert werden, damit sie selektiert werden können: Solche aus Ländern mit weniger als 20 % durchschnittlicher Aufnahmequote, die nach den behördlichen und asylrechtlichen Entscheidungen in Europa eine geringe Bleibeperspektive haben, sollen ein Grenzverfahren durchlaufen, ohne Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen, und dann abgeschoben werden. Die übrigen sollen in ein Asylverfahren eintreten können. Die 20%-Quote ist kein fester Maßstab und kann aus politischen Gründen erhöht werden. Nach wie vor gilt dann der Grundsatz, dass das Asylverfahren dort durchgeführt wird, wo die Schutzsuchenden Europa betreten haben.

Die Vervielfachung der Lager á la Moria ist vorgesehen.

Was sollen wir tun? Wir haben eine Verantwortung. Eine geschichtlich erwachsene Verantwortung und eine unmittelbare ethische. Andere werden sagen: ich fühle sie aus meinem Glauben heraus. Deshalb werden wir nicht aufhören zu fordern, dass es sichere Fluchtrouten geben muss, dass die europäischen Staaten die Schutzsuchenden aufnehmen und insbesondere die Angebote der Solidarity Cities nutzen sollen. Über 280 Städte sind in dem Bündnis der Solidarity Cities, die Schutzsuchende aufnehmen wollen. Das müssen die europäischen Institutionen endlich akzeptieren. Und sie sollen sich der europäischen Geschichte erinnern.

Kolonialismus, Militarismus, Rassismus. Das ist die Fratze dieses Kontinents. Wir wollen ihm ein humanes Gesicht geben.